Heterodoxe Denktraditionen zur Begründung von Solidarität und Sozialstaat

In der Geschichte unorthodoxer wirtschaftswissenschaftlicher Denktraditionen gibt es Spannendes zu Solidarität und Sozialstaat zu erfahren. Karl Polanyi, John Stuart Mill und die utopischen Sozialisten sind Beispiele dafür.

Solidarität ist eine Haltung. Sie liegt einem Sozialstaat zugrunde. Wie jede Haltung ist auch diese nicht angeboren. Sie ist anerzogen – oder auch nicht. Sie hat daher etwas mit dem Menschenbild zu tun und den Umständen wie dem sozialen Milieu, einem öffentlichen sozialstaatlichen Bildungswesen diese Haltung ausbilden zu können. Und sie hat mit einem Freiheitsverständnis zu tun.

In der Geschichte des heterodoxen Denkens über Ökonomie gibt es dazu Spannendes zu erfahren. Ich beginne aber mit der orthodoxen.

Kritik am Sozialstaat wird vor allem mit dem Menschenbild des freien Individuums begründet, wie es der neoliberale Ökonom Friedrich August von Hayek (1899-1992) entwickelt hat (siehe z.B. v. Hayek 1952: 9ff). Der Sozialstaat schränke die individuelle Freiheit ein wie die Wettbewerbsfreiheit der ArbeiterInnen am Arbeitsmarkt, die Leistungsfreiheit, die Freiheit der UnternehmerInnen. Was dieser ökonomische Freiheitstheoretiker wahrscheinlich nicht übersehen, aber nicht thematisiert hat ist, dass im Kapitalismus der Zwang herrscht erwerbstätig zu sein - unternehmerisch oder abhängig. Die privatkapitalistische Marktwirtschaft hat Zwang und Abhängigkeit als zentrale Systemmerkmale. Hinzu kommt die vorgelagerte Abhängigkeit von unbezahlter Frauen-Arbeit im Haushalt als Kleinkind, in Phasen von Krankheit und täglich um sich von der Erwerbsarbeit zu erholen. Daher kann Freiheit immer erst innerhalb dieser Abhängigkeiten gedacht werden und sie bedingt Solidarität. Das

haben heterodoxe ÖkonomInnen bereits früh erkannt und benannt. Dazu bringe ich im Folgenden drei Beispiele.

Freiheit zu ... hat Solidarität zur Voraussetzung

Ich beginne im 20. Jahrhundert, im Jahr 1944, mit dem Buch „The Great Transformation" von Karl Polanyi (1886-1964), das ohne „die Mitarbeit und Kritik" seiner „geliebten Frau" Ilona Duczynska (1897-1978) nicht entstanden wäre. (Polanyi 1944:1978: Widmung). Polanyi hat ausführlich dargelegt, dass Menschen keine Waren sind. Sie werden zur Ware Arbeitskraft gemacht. Wenn, wie in der freien Marktwirtschaft, die Ausbeutung dieser Ware auf die Spitze getrieben wird, wehrt sich die Gesellschaft. Frauen wie Männer organisieren sich in Gruppen und fordern mit der Haltung der Solidarität als politische BürgerInnen vom Staat Schutzmaßnahmen. So kann mit Karl Polanyi Solidarität und die Entstehung und Notwendigkeit eines Sozialstaates erklärt und begründet werden. Der Sozialstaat ermöglicht erst die Freiheit. Denn Regelungen, wie jene die einen Sozialstaat ausmachen, wirken sich „gleichermaßen als Ausweitung und Einschränkung der Freiheit aus; nur das Gleichgewicht der verlorenen und gewonnen Freiheit ist von Bedeutung." (ebd.: 336)

Der in den 1930er Jahren erfolgte Rückbau statt Ausbau des Sozialstaates hat zum Erstarken des Faschismus, zur völligen Vernichtung der Freiheit und zur Verheerung geführt. Unter der Wirtschaftsform der freien Marktwirtschaft „konnten weder Freiheit noch Frieden institutionalisiert werden, da ihr Ziel Gewinn und Wohlstand und nicht Friede und Freiheit war." (ebd.: 337) Die „Bedeutung der Freiheit in einer komplexen

Gesellschaft" besteht im „Ertragen der gesellschaftlichen Wirklichkeit" die dem Menschen „den unbezwinglichen Mut und die Kraft" gibt „alle Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die sich beseitigen lassen, zu beseitigen" (ebd.: 344).

Der stationäre Zustand als Solidarischer

Jetzt schaue ich ein Jahrhundert weiter zurück, in das 19te zu John Stuart Mill (1806-1873), der in einer Widmung schreibt (1859/1988), dass er der "anregenden Mitarbeit" seiner „Freundin und Gattin" Harriet Taylor Mill (1807-1858) „das Beste" in seinen Schriften „verdanke".

Im zweiten Band der „Grundsätze der politischen Ökonomie (1848/1921) gibt es ein kurzes Kapitel von neun Seiten (387-396) mit dem Titel „Über den stationären Zustand". In ihm fragt Mill: „Welchen Endpunkt strebt die Gesellschaft mit ihren Fortschritten im gewerblichen Leben zu?" Sein Vorschlag ist, sie solle dem eines stationären Zustands von Kapital und Vermögen, einem „Ruhezustand" zustreben. Diesem könne keine Gesellschaft entkommen, doch will er „zum Besten der Nachwelt aufrichtig hoffen, daß sie mit dem Ruhezustand zufrieden ist, lange bevor eine Notwendigkeit sie zwingt, sich mit ihm zufrieden zu geben." Im Unterschied zu politischen Ökonomen vor ihm wie Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823) sieht Mill „einen stationären Zustand des Kapitals und Vermögens" als erstrebenswert an. Denn erst er ermöglicht dem Menschen die Entwicklung seiner intellektuellen, emotionalen solidarisch-sozialen Fähigkeiten und einer gerechten Gesellschaft. Er schreibt: „Ich möchte vielmehr glauben, daß er, im Ganzen betrachtet, eine beträchtliche Verbesserung im Vergleich mit unserer gegenwärtigen Lage bedeuten würde." Diese gegenwärtige Lage im Jahre 1848 kennzeichnet er mit „dem fortwährenden Kampfe gegeneinander, ... Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen Treten". Das seien unerfreuliche äußere Merkmale eines einzelnen Abschnittes des gewerblichen Fortschritts". Es ist eine „sehr frühe Stufe menschlichen Fortschritts", auf der die bloße Zunahme der Produktion und Kapitalansammlung die „gewöhnlichen Politiker zu Glückwünschen veranlaßt", da „der Charakter noch nicht verfeinert ist". Es ist eine Stufe in der „Reichtum noch Macht ist". „Es mag" eine „notwendige Stufe" sein. Sie bedeutet jedoch „keine soziale Vollkommenheit". Denn „der beste Zustand für die menschliche Natur ist doch der, daß keiner arm ist, niemand reicher zu sein wünscht, und niemand Grund zu der Furcht hat, daß er durch die Anstrengungen anderer, die sich selber vorwärts drängen, zurückgestoßen werde."

Ich interpretiere das als einen Zustand, der in einer privatkapitalistischen Marktwirtschaft nur mit einem Sozialstaat erreichbar ist, der u.a. ein Bildungssystem inkludiert, das den Menschen ermöglicht solche Einsichten und Haltungen auszubilden die zur Erreichung eines solchen Zustandes führen. Aber auch die weiteren Ausführungen bestärken mich, Mill für eine Begründung eines Sozialstaates heranzuziehen. Das „wirtschaftlich notwendige (ist) eine bessere Verteilung"; „eine bessere Eigentumsverteilung", die sich „durch die vereinigten Anstrengungen der Klugheit und Mäßigung des einzelnen und durch eine die Vermögensgleichheit begünstigende Gesetzgebung erreichen läßt". Die Summe, die jemand „durch Geschenk oder Erbschaft erwerben kann, (würde) auf einen Betrag beschränkt ..., der zur Sicherung einer mäßigen unabhängigen Stellung ausreichte." Die „industriellen Verbesserungen" würden „ihre ursprüngliche Wirkung" hervorbringen, „nämlich die Arbeit zu verkürzen."

Soziales Milieu bildet Solidarität aus und erübrigt Sozialstaat

Die dritte heterodoxe Tradition, die ich aufgreife, stammt ebenfalls aus dem 19. Jahrhundert. Es ist das Denken von utopischen Sozialisten wie Robert Owen (1771-1858), Charles Fourier (1772-1837) und Louis Blanc (1811-1882). Im Zentrum ihres Denkens steht die Schaffung eines neuen sozialen Milieus in Form von Produktions-, Konsum- oder Vollgenossenschaften. Genossenschaften sind über drei Prinzipien definiert: Das Demokratieprinzip gibt jeder Person eine Stimme in der gemeinsamen Entscheidungsfindung unabhängig von der Höhe ihres Genossenschaftsanteils. Das Identitätsprinzip als Identität von Kapital und Arbeit macht alle Genossenschafter_innen zu Besitzerinnen der Genossenschaft. Das Solidaritätsprinzip führt zu einer Verteilung von Einnahmen nach den Bedürfnissen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Form von Erweiterungsinvestitionen.

Weitere Änderungen der Schaffung eines Milieus der Solidarität und der Freiheit sind z. B.: eine innovative Erziehung und Ausbildung; die „anziehende Arbeit", zu der man wie zu einem Fest geht (Fourier); die Ablösung der Konkurrenz durch Kooperation innerhalb und zwischen den Genossenschaften (Blanc); die Abschaffung des individuell aneigenbaren Profits (Owen); die Abschaffung der unbezahlten Arbeit von Frauen in individuellen Haushalten (Fourier). Der Mensch wird die Freiheit haben Triebe wie den Schmetterlingstrieb (Fourier) und Anlagen zum eigenen und zum Wohl der Gemeinschaft zu entfalten und auszubalancieren.

Um all dies vorzuzeigen, gründete Louis Blanc eine Produktionsgenossenschaft, Robert Owen u. a. eine Produktionsgenossenschaft - New Lanark - sowie eine Vollgenossenschaft - New Harmony 1825 - und haben Anhänger Fouriers eine Vollgenossenschaft - Familistère de Guise 1858 - gegründet. Durch die überzeugende Vorbildwirkung würden Genossenschaften friedlich die privatkapitalistischen Betriebe verdrängen, den Wandel herbeiführen und den Kapitalismus ablösen (siehe Gubitzer 1989: 21ff). Ein Sozialstaat wird bei der Organisation einer Gesellschaft in Vollgenossenschaften nicht mehr gebraucht.

In den zahlreichen Genossenschaften die in Folge gegründet wurden, wurden soziale Maßnahmen gesetzt die später von PolitikerInnen aufgegriffen wurden und den Sozialstaat mit hervorbrachten. Beispiele sind Arbeitsschutz, Arbeitszeitregelungen, existenzsichernde Einkommen, Versorgungssicherheit in jeder Lebenslage, Sozialversicherung, Kindergärten, hochwertige, innovative, qualitative und koedukative Erziehung, Bildung und Ausbildung, Gleichwertigkeit von Ethnien und Menschen mit Behinderungen sowie von Frau und Mann. Für Letzteres lasse ich Charles Fourier „sprechen". Es sind Originalzitate von Fourier von 1820 die ich meinem Buch (Gubitzer 1989: 41) entnehme.

Im Zustand der Freiheit wird die Frau „den Mann in allen geistigen und körperlichen Funktionen überflügeln ..., die nicht allein von physischer Kraft abhängen." „Der soziale Fortschritt und der Anbruch neuer Epochen vollzieht sich entsprechend dem Fortschritt der Frau zur Freiheit, und der Verfall der Gesellschaftsordnung vollzieht sich entsprechend der Verminderung der Freiheit der Frau." „Die Männer, und vor allem die Väter, werden erst dann glücklich sein, wenn es die Frauen und Kinder sind."

Solidarität statt Mildtätigkeit

Die Ausführungen von Karl Polanyi von 1944 haben brisante Aktualität für EU-Europa – als Warnung und Anregung -, dass ein soziales Europa unbedingt notwendig ist. Die Ausführungen von John Stuart Mill können Anstoß sein in Reichtumsökonomien über die Rolle und Ausgestaltung eines Sozialstaates zu reflektieren. Das Denken von utopischen Sozialisten zeigt, dass ein soziales Milieu der Solidarität geschaffen werden kann. Durch die Überwindung des Kapitalismus erübrigt sich auch der Sozialstaat.

Aus allen drei Beispielen geht eines klar hervor: Es ist die Haltung der Solidarität, die eine politische Haltung ist. Sie impliziert die Verteilung über Steuern und nicht durch private Mildtätigkeit in Form von Geld- und Waren-Spenden. Nur Solidarität ermöglicht einen Sozialstaat, der auch die Aufgabe hat, die Haltung der Solidarität permanent hervorzubringen. Eine privatkapitalistische Marktwirtschaft ist an einen Sozialstaat gebunden. Denn erst er ermöglicht Frauen und Männern die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben.

Literatur:
Gubitzer, Luise (1989): Geschichte der Selbstverwaltung. München
Hayek, Friedrich August von (1952): Wahrer und falscher Individualismus. In: Derselbe: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach-Zürich: 9-48
Mill, John Stuart (1848/1921): Grundsätze der politischen Ökonomie. Jena
Mill, John Stuart (1859/1988): Über die Freiheit. Stuttgart. Widmung
Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation. Frankfurt

Autorin:
Luise Gubitzer, Dr.in, Univ.Prof.in
Institut für Institutionelle u. Heterodoxe Ökonomie, Wirtschaftsuniversität Wien

Dossier

Nachrichten und Stellungnahmen der
Katholischen Sozialakademie Österreichs

06/2015

Euro 5,00

Sozialstaat wird gebraucht

Ursachen für Niedrigpensionen

Widersprüchliche Sozialstaatspolitik

Heterodoxe Solidarität

Christliche Kontur von Solidarität

» Solidarisch ausgestalten.

Zur Aktualisierung des Sozialstaats

Catholic Worker Bewegung

Zwangsräumungen verhindern

Maßnahmenvollzug

Jugend und Sozialstaat

Selbstverwaltung

kso^e

Katholische
Sozialakademie
Österreichs